



Kern: Existenz freier Schulen auch über die Corona-Zeit hinaus sichern

FDP/DVP Fraktion fordert Grün-Schwarz auf, den Koalitionsstreit zu beenden und die freien Schulen in gleicher Weise bei den Elternbeiträgen zu unterstützen wie die Kommunen

Zur Forderung der Kultusministerin nach schneller Unterstützung für Schulen in freier Trägerschaft sagte der bildungspolitische Sprecher der FDP/DVP Fraktion, **Dr. Timm Kern**:

„Wenn nun schon die Kultusministerin per Pressemitteilung eine Forderung an ihre eigene Regierung richtet, sieht dies nach einem Akt der Verzweiflung aus. Verzweifelt ist in der Tat die Lage vieler Schulen in freier Trägerschaft. Die Eltern ihrer Schüler sind wie alle Eltern von der Krise schwer betroffen. Und obwohl auch die Schulen in freier Trägerschaft verpflichtet sind, die Notfallbetreuung zu organisieren, wurden sie weder im Zusammenhang mit dem ersten 100-Millionen-Euro-Paket für die Kommunen zur Unterstützung der Eltern noch im Zusammenhang mit dem zweiten 100-Millionen-Euro-Paket berücksichtigt. Sie habe sich bereits vor mehr als drei Wochen gegenüber dem Finanzministerium für eine verbindliche Regelung für eine gleichberechtigte Teilhabe der freien Träger bei der Erstattung von Betreuungsgebühren im Rahmen der 200-Millionen-Soforthilfe für Familien und kommunale Einrichtungen eingesetzt, schreibt die Kultusministerin. Offensichtlich wird hier ein Koalitionsstreit auf dem Rücken der Betroffenen, in diesem Fall der Schulen in freier Trägerschaft und ihrer Eltern ausgetragen. Die grün-schwarze Koalition wird dringend aufgefordert, dieses unwürdige Schauspiel umgehend zu beenden und den freien Schulträgern in gleicher Weise finanzielle Unterstützung hinsichtlich der Elternbeiträge zu gewähren wie den Kommunen. Es geht um nicht weniger als darum, die Existenz von freien Schulen auch über die Corona-Zeit hinaus zu sichern – im Interesse eines vielfältigen Schulangebots in Baden-Württemberg.“